
Die europäische Integration aus soziologischer Perspektive

Rezension von: Maurizio Bach (Hrsg.),
Die Europäisierung nationaler
Gesellschaften, Sonderheft Bd. 40 der
Kölner Zeitschrift für Soziologie und
Sozialpsychologie, Westdeutscher Verlag,
Wiesbaden 2001, 515 Seiten, DM 98.

Das 40. Sonderheft der KZfSS widmet sich der „Europäisierungsdynamik“ in den Staaten der Europäischen Union, die deren gesellschaftliche Strukturen erfasst. Als zentrale Fragen werden formuliert: Welchen Beitrag kann die Soziologie zur Erforschung der europäischen Integration leisten? Mit welchen soziologischen Problemstellungen lässt sich die Dynamik der Europäisierung der nationalen Gesellschaften unter dem Gesichtspunkt des umfassenden sozialen und kulturellen Wandels in Europa erhellen? Mit welchen theoretischen und konzeptionellen Herausforderungen sieht sich das herkömmliche Gesellschafts- und Institutionenverständnis der Soziologie in Anbetracht der Entgrenzung und tendenziellen Aufhebung des geschlossenen Nationalstaates konfrontiert? Die 19 Beiträge sind auf 7 Kapitel verteilt, die sich mit den Themenbereichen Institutionenbildung und Institutionenkonflikte in der EU (II), Marktbildung, Konvergenz und Sozialintegration (III), nationaler und europäischer Bürgerstatus (IV), Entstehung politischer Öffentlichkeiten in Europa (V), Migration in Europa (VI) und schließlich gesellschaftstheoretische Perspektiven der europäischen Integration im sozialen Wandel (VII) befassen.

Die Herausgeber wollen mit der vorgelegten Publikation die europäische Integration stärker als in der Vergangenheit

soziologisch diskutieren. Hauptanliegen sei nicht eine Bilanz bereits existierender Forschung, sondern „die Öffnung neuer Forschungshorizonte“ (siehe v.a. Teil VII). Daher ist der einleitende Beitrag des Herausgebers auch den „Problemstellungen und Perspektiven einer Soziologie der europäischen Integration“ gewidmet. Bach postuliert die Frage nach der Zukunft des politischen und sozialen Vergesellschaftungsmodells des Nationalstaates als die zentrale Problemstellung. Zur Bearbeitung böten sich hier mit der Institutionenanalyse und der territorialen Strukturanalyse des politisch-sozialen Wandels die Grundzüge eines konzeptionellen Bezugsrahmens für neue Forschungsfragen an.

Die Beiträge in Kapitel II befassen sich in exemplarischer Weise mit der Institutionalisierung supranationaler Leitprinzipien und einer rechtlichen Suprematie, die der gerne unterschätzte Europäische Gerichtshof durch seine Rechtsprechung innerhalb der politischen Steuerung ausübt (Paul Windolf).

Rainer Weinert befasst sich mit einer weiteren sehr dynamischen Institution, der Europäischen Zentralbank. Mit der Satzung der EZB sei eine Entwicklung eingeleitet worden, die wahrscheinlich zu einer in starkem Maße zentralisierten „Eurofed“ führen werde. Die Folgen für die EU fasst Weinert als Voluntarismus, Oligarchisierung und institutionelle Entkopplung zusammen. Auf suprastaatlicher Ebene fehlten gegenüber der bisherigen nationalstaatlichen Situation Institutionenbildungen in der Finanz- und Lohnpolitik. Diese führe zu einer Asymmetrie zugunsten von Geldpolitik. Es werde eine eigenständige, hoch autonomisierte suprastaatliche Zentralbank des Wirtschaftsblocks Europa entstehen. Dies thematisiert ebenso wie Traxlers Auseinandersetzung mit dem Tarifverhandlungssystem in der Wirtschafts- und Währungsunion, das die Hauptlast der Anpassung an ökonomische Ungleichgewichte zwischen den Mitglieds-

ländern zu tragen haben wird, Politikaren, in denen es künftig zu hochdynamischen Konflikten kommen könnte. Es wird deutlich, welche Konfliktpotentiale die Europäisierung nationaler Ordnungen generieren könnte. Sonja Punscher-Rieckmann zeigt dies als Konsequenz aus der Überlagerung und Verdrängung der Rechtskulturen und Demokratiestandards der Mitgliedsländer.

Die Beiträge in Teil III verknüpfen die europäische Integration mit globalen politischen und ökonomischen Entwicklungen (Patrick Ziltener und Volker Bornschier). Ziltener zeigt am Beispiel der Initiierung des europäischen Integrationsprozesses auf der Basis eines „transatlantischen Elitenpaktes“ und seiner Revitalisierung zu Beginn der achtziger Jahre die Einwirkung des politischen Einflusses der Hegemonialmacht USA und jene der Weltmarktkonkurrenz, die über die europäischen transnationalen Unternehmen vermittelt wurde.

Richard Münch befasst sich mit der von den in transnationalen Netzwerken verbundenen Modernisierungseliten vorangetriebenen „Europäisierung“ als Etappe auf dem Weg zu einer „weltgesellschaftlichen Sozialintegration“. Die positive Seite dieser Entwicklung bestehe in einer weitreichenderen Integration, die negative Seite sei die Auflösung des nationalen Wohlstandsverbundes, der aber notwendig sei, wenn man eine weltgesellschaftliche Sozialintegration wolle.

Teil IV handelt über Aspekte der mit dem Maastrichter Vertrag eingeführten Unionsbürgerschaft als rechtliche Basis eines neuen Mitgliedschaftsraums für die Bürger.

Die Problematik der Institutionalisierung einer europäischen politischen Öffentlichkeit aus der Sicht kommunikations-, mediensoziologischer wie demokratietheoretischer Fragestellungen ist Gegenstand von Abschnitt V. In diesem Kontext wird die Annahme, dass es in der EU keine funktionierende politische Öffentlichkeit gibt, kontrovers diskutiert.

Hier ist die Position einer Forschungsgruppe um Klaus Eder von Interesse, die auf die Existenz neuartiger transnationaler Teilöffentlichkeiten hinweist, deren jeweiliges Publikum aus den maßgeblichen Funktionsebenen gebildet werde. Das legitimationsstiftende Potential werde mit einem Zusammenspiel der Partizipation von Betroffenen und der Deliberation von Experten und Entscheidungsträgern erzeugt.

Im Abschnitt VI des Bandes befassen sich zwei Beiträge mit der Migration in Europa. Es wird darauf hingewiesen, dass die internationalen Wanderungsprozesse in Europa „als Ereignis und als Thema“ Europa auf der supranationalen Ebene einigen und auf lokaler Ebene zunehmend zu Fragmentierung führen (Felicitas Hillmann).

Verónica Tomei zeigt für die zurückliegenden Jahre die Herausbildung eines gemeinsamen Migrationsraumes zwischen den EU-Staaten. Instrumente hierfür seien weniger supranationale Vorgaben aus Brüssel, als vielmehr die Ausdehnung nationalstaatlicher Handlungsspielräume, das Ansteigen transnationaler Verwaltungskontakte, die Herausbildung einer migrationsbezogenen Bürokratie mit europäischem Zuschnitt sowie die permanente Interaktion zwischen nationaler und europäischer Ebene.

Das letzte Kapitel befasst sich mit den gesellschaftstheoretischen Perspektiven des Europäisierungsprozesses aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

Das Sonderheft bietet ein vielfältiges Spektrum von theoretischen Ansätzen und empirischen Befunden für die Europaforschung. Man gewinnt nicht nur als Soziologe kreative Anregungen für die eigenen Fragestellungen, etwa in der Behandlung von Problemen der Währungsintegration oder kollektiver Verhandlungssysteme im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik. Daher sei die Lektüre vor allem auch Zeithistorikern und Ökonomen empfohlen.

Jürgen Nautz